



Angriff auf Frauenrechte: Wir wehren uns!

Eine unheilige Allianz aus radikalen christlichen Abtreibungsgegnern und dem Umfeld von FPÖ und Regierung geht weiter in die Offensive: Kurz nachdem Dietmar Fischer (der Leiter von "Human Life International"- Österreich) den Prozess gegen die Mairo-Klinik in erster Instanz verloren hat, klagt er schon wieder; diesmal die Autorin dieses Artikels, SLP-Frauensprecherin Claudia Sorger, wegen übler Nachrede. Mit im Spiel ist die ehemalige Rechtsanwaltskanzlei des Justizministers Böhmdorfer-Gheneff, nunmehr Gheneff-Rami.

VON CLAUDIA SORGER,
SLP FRAUENSPRECHERIN

Seit einiger Zeit führt die Sozialistische LinksPartei (SLP) eine Kampagne zur Verteidigung der Mairo-Klinik und des Frauenrechts auf Abtreibung durch. In meinem Artikel, der in der Volksstimme erschienen ist, werden die Methoden der radikalen Abtreibungsgegner gegen diese Klinik beschrieben. In aggressiver Weise werden Patientinnen beim Betreten der Klinik belästigt und sind somit einem Spießrutenlauf ausgesetzt. Die "Pro-Life"-AktivistInnen stellen sich ihnen in den Weg und versuchen den Frauen Flugblätter aufzudrängen. Mit Plastikembryonen und überdimensionalen blutigen Bildern wird versucht, die Patientinnen moralisch unter Druck zu setzen. Auch das Klinikpersonal leidet unter diesem Psycho-terror: Schon mehrmals wurden MitarbeiterInnen der Klinik bedroht, sie werden regelmäßig gefilmt und fotografiert.

WAS IST "HLI" UND WIE ARBEITEN SIE?

Die Sicherheitsmaßnahmen, die getroffen werden mussten, um die Patientinnen zu schützen, haben enorme Kosten verursacht. Human Life International (HLI) setzt auf eine Einschüchterungstaktik, zu der die tagtäglichen Belästigungen ebenso gehören, wie der Kampf gegen die Fristenlösung auf politischem und juristischem Weg.

Nachdem es dem Leiter von HLI gelungen war, die Räumlichkeiten der Klinik zu kaufen, reichte er letztes Jahr, vertreten durch die Anwaltskanzlei Böhmdorfer-Ghe-

neff, eine Kündigungsklage ein, um die Klinik zur Räumung zu zwingen. Die Klage wurde zwar in erster Instanz zurückgewiesen, doch an der Situation vor der Mairo-Klinik hat sich nichts verändert. In einem Interview, das auf der HLI-Homepage veröffentlicht wurde, kündigte Fischer an: "Wenn wir es schaffen, die Besitzer zu werden, dann können wir ihnen (Anm: der Klinik) das Leben schwer machen."

RECHTE QUERVERBINDUNGEN

HLI ist ein weltweit agierendes Netzwerk von "Pro-Life"-AktivistInnen. Diese vertreten eine frauenfeindliche reaktionäre Ideologie, in der Schwangerschaftsabbruch unter allen Umständen verdammt wird, Verhütungsmittel generell abgelehnt werden und Homosexualität als eines der Übel dargestellt wird, welche die Welt zerstören. Evident ist auch die Verbindung zu rechten Parteien und Regierungen: In Wien wurde bei der Gemeinderatswahl in Aussendungen dazu aufgerufen, FPÖ oder ÖVP zu wählen. Jörg Haider übermittelte man/frau den Dank für die Einführung des Kindergelds: "Kinderbetreuungsgeld für alle rettet tausende Kinder vor dem Abtreibungstod".

Nicht nur in Österreich bekennen radikale Abtreibungsgegner wieder mehr Unterstützung. Beim UNO-Kinderghipfel blockierten die USA alle Formulierungen, die als Akzeptanz von Schwangerschaftsabbrüchen bei Minderjährigen ausgelegt werden könnten. "Frauenminister" Herbert Haupt kündigte ja schon vor einiger Zeit an, dem Mann Mitspracherecht einzuräumen und

"HLI" UND DER 11. SEPTEMBER

In den USA führen sie permanent Prozesse und Kampagnen gegen die sogenannten Pro-Choice-Organisationen. Im Februar dieses Jahres wurde auf der HLI-Homepage eine Stellungnahme des HLI-Präsidenten Reverent Thomas Euteneuer veröffentlicht, in dem er sich gegen die Bezeichnung der HLI-Aktivitäten als Terror ausspricht. Terror wird seiner Meinung nach von den Pro-Choice-Aktivisten ausgeübt, die er mit den Terroristen des 11. September vergleicht: "Der einzige Unterschied zwischen Abtreibung und dem terroristischen Akt des 11. September ist, dass CNN uns nicht gestattet, die brutale Ermordung der Abtreibungsober oder die 'ground zero'-Stelle ihrer Ermordung zu anzusehen." Im Anschluss findet sich eine Aufforderung an die HLI-Unterstützer, sich gegen die Bezeichnung als "Terroristen" zur Wehr zu setzen.

NEUE OFFENSIVE VON HLI

Mittlerweile gehen die AktivistInnen in Österreich nicht nur mit Klagen in die Offensive, sondern erweitern auch ihre Standorte. Für den 1. Juni wurde die Gründung eines "Frauen-Forschungs-, Dokumentations- und PAS-Heilungszentrum" am ehemaligen Standort der Mairo-Klinik angekündigt. Ebenfalls angekündigt wird die Ablöse der Lizenzrechte "Ärzteinstitut Mairo". Ob das "Heilungszentrum" unter diesem Namen geführt werden soll, geht aus den Flugblättern nicht hervor. Es würde aber zu der Vorgangsweise passen, dass teilweise versucht wird, Patientinnen mit dubiosen Informationen in die "Beratung"

die Fristenlosigkeit für medizinisch begründete Abbrüche auf drei Monate verkürzen zu wollen. Eine der Hauptaktivitäten der militärischen Abtreibungsgegner ist die Bekämpfung von Gruppen, die sich für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch einsetzen.

<p>GHENEFF - RAMI RECHTSANWÄLTE office@law-in-austria.at, www.law-in-austria.at 094 Hu 24</p> <p>EINSCHREIBEN</p> <p>An das Landesgericht für Strafsachen Wien Engelstr. 1 1. APR Landesgerichtsstraße 11 1082 Wien</p> <p>AZ 112-02 – bitte immer angeben!</p> <p>GE ZU PSK</p> <p>Privatankläger:</p> <p>Mag. Dietmar Fischer, Pensionist c/o Verein "Human Life International menschlichen Lebens", Rechtsanwalt Mag. Hubert GHENEFF-FUR 1040 Wien, Favoritenstraße 1 Tel. 01/501 54 00, Fax 01/501 54 00</p> <p>Beschuldigte:</p> <p>Mag. Claudia Sorger Verein zur Förderung Medieninhaber (Antragsgegner): wegen: § 111 StGB</p>	
---	--

zu locken. Welches politische Ziel damit verfolgt wird, kommt klar zum Ausdruck: "Das Institut wird vieles beitragen, dass die Fristenlösungs-Gesetzesänderung nicht 60 Jahre dauert."

In der Propaganda der radikalen Abtreibungsgegner wird behauptet, dass die Straffreiheit zu einer Zunahme der Abtreibungen führt. Doch das Gegenteil ist der Fall: Mit der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche europaweit deutlich zurückgegangen.

BEISPIEL NIEDERLANDE

In den Niederlanden, wo die liberalste Abtreibungspolitik praktiziert wird, besteht die geringste Zahl an Schwangerschaftsabbrüchen im europäischen Vergleich. Ausschlaggebend, ob sich Frauen für Kinder entscheiden

oder nicht, ist die bestehende soziale Absicherung.

So zeigt sich, dass in jenen Ländern mit einem flächendeckenden Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen die Geburtenraten höher sind, als in jenen Ländern, wo hauptsächlich die Frauen für die Kinderbetreuung verantwortlich gemacht werden. Jede Frau soll sich frei entscheiden können, ein Kind zu bekommen oder eine Schwangerschaft abzubrechen.

Dazu gehört auch eine ausreichende finanzielle und soziale Absicherung, die durch das viel beworbene Kindergeld sicher nicht gewährleistet ist.

RECHT AUF ABTREIBUNG VERTEIDIGEN!

Durch die Klage hat unsere Kampagne zur Verteidigung der Mairo-Klinik natürlich zusätzli-

che Brisanz erhalten - jetzt ist es wichtig, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen, um auch die politischen Hintergründe aufzulegen. Die radikalen Abtreibungsgegner müssen gestoppt werden.

WIR FORDERN:

- * Bannmeile für militante Abtreibungsgegner rund um Kliniken, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen!
- * Unterbringung der Mairo-Klinik in Räumlichkeiten der Gemeindeespitäler
- * Möglichkeit auf Schwangerschaftsabbruch in allen Bundesländern!
- * Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein!
- * Kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln!

österreich

schwerpunkt

international

Der Standpunkt



Die FPÖ ist in der Krise! Oder: Ist die FPÖ in der Krise? Fast täglich gibt es Berichte über Konflikte innerhalb der FPÖ: Haider gegen Grasser, Westenthaler gegen Haider, Gaugg gegen Riess-Pässer... Im Wesentlichen lassen sich die Konflikte in zwei Lager fassen: die PragmatikerInnen in der Regierungsmannschaft und

FPÖ in der Krise?

von Sonja Grusch

die PopulistInnen in Kärnten und im Parlament. Die Regierungsmannschaft zeigt, dass die FPÖ "regierungsfähig", dass sie ein treuer Partner der Wirtschaft bei der Umsetzung ihrer Pläne ist: Bei der Beschaffung von Spekulationskapital mittels "Pensionsreform", bei der Eröffnung neuer Anlagenmöglichkeiten durch die Förderung von Privatversicherungen, durch die Schaffung "williger" (und v.a. billiger) Arbeitskräfte durch erhöhten Druck auf Arbeitslose. Ambulanzen und Studiengebühren bringen aber keine Wähler-Innenstimmen. Also spielt die FPÖ das alte "Zuckerbrot und Peitsche"-Spiel. Und das Instrument dafür soll die Steuerreform sein. Weil der FPÖ die WählerInnen seit 1999 in Scharen davonlaufen, veranstaltete sie am 25. Mai eine "Sozialkonferenz", erklärte sich zum "sozialen Gewissen Österreichs" und will am 9. Juni die Steuerreform auf einem Parteitag verabschieden. Auch diese Steuerreform wird wieder eine geschickte Kombination von Neoliberalismus & Populismus sein. Groß wird verkündet, dass die Steuerlast der kleinen Einkommen gesenkt werden soll. Dass aber gleichzeitig die Steuern der höheren Einkommen und insbesondere die Unternehmenssteuern weit mehr sinken sollen, wird nicht mehr so publik gemacht. Und die Konsequenzen werden gleich ganz vergessen – dass nämlich die durch die ganze "Reform" gesunkenen Steuereinnahmen durch weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben finanziert werden müssen. Unten Strich wird aus den Taschen der "kleinen Leute" mehr genommen als reinfließen wird. Und hier treffen sich die zwei "Flügel" der FPÖ dann auch wieder. Da werden mittels öffentlich ausgetragener "Konflikte" die WählerInnen ebenso wie die Unternehmerbasis der FPÖ bedient. Über das Ergebnis gibt's aber durchaus Einigkeit. Zweifellos gibt es in der FPÖ auch Streit, der nicht nur Taktik ist: um Pfründe und Einfluss, um Posten und Macht. Aber bezüglich der Politik gegen ArbeitnehmerInnen sind sich Regierungsmannschaft und ihr "Kritiker" aus dem Bärental letztlich einig.

Rechtsextremismus und Repression

Nazis, Bürgerwehr und Polizeistaat stoppen!

13. April und 13. Mai 2002: Zwei bedeutende Tage in der jüngsten Geschichte Österreichs. Der 13. April war der Tag, an dem seit langem die erste Nazi-Kundgebung am Wiener Heldenplatz stattfand, der 13. Mai der Tag, an dem die von der FPÖ initiierte Grazer "Bürgerwehr" zum ersten mal marschierte. Rechtsextremismus und Repression – wir kämpfen dagegen!

von PHILIP FLEISCHMANN,
SLP WIEN-WEST

Deutsche Faschisten propagieren das Modell der "National befreiten Zonen". Das sind Zonen, wo laut einem im November 1999 im NPD-Parteiblatt Deutsche Stimmen erschienen Beitrag Rechtsextreme "faktisch die Macht übernehmen". Nazis wollen in diesen Zonen "sanktionsfähig" sein, d.h. "Abweichler und Feinde" bestrafen. Wer sind diese "Abweichler"? Ein wesentliches Merkmal für diese Zonen soll sein, dass Linken dort nicht "ungestört demonstrieren" und "Infostände" aufbauen können. Das zeigt die Gefahr, die in rechtsextrem Präsenz auf den Straßen besteht. Diese Gefahr gibt es auch in Österreich: Sowohl durch die rechtsextremen Demonstrationen in den letzten Wochen, wie auch einer Bürgerwehr in Graz, die im Solde der FPÖ steht.

WIE KÄMPFEN GEGEN DIE BÜRGERWEHR?

Nicht nur SozialistInnen, auch bürgerliche Parteien, beginnend von den Grünen über SPÖ bis zur ÖVP, stellen sich offiziell gegen die Bürgerwehr. Ihre Alternative ist: Mehr Polizei. Gleichzeitig

werden von dieser Regierung Polizeibefugnisse ohne wirklichen Widerstand der "Opposition" im Parlament ausgeweitet. Peter Pilz konnte sich ein "eingeschränktes Vermummungsverbot" vorstellen; eine Maßnahme, die linke DemonstrantInnen in Zukunft kriminalisieren wird.

Auch die SPÖ gibt in einer Aussendung vom 27. Mai "dem Wiener FPÖ-Gemeinderat Kowarik hinsichtlich seiner Forderung nach mehr Polizei in den Wiener Bezirken Recht". Das erinnert an die historische Rolle rechter Banden wie dieser Bürgerwehr: Wegbereiter des Rechtsrucks zu sei. Bürger- und Heimwehren haben immer einen Vorwand gegeben, den repressiven Apparat auszuweiten. Wir meinen demgegenüber, dass sowohl Bürgerwehr, als auch mehr Polizei in erster Linie mehr Repression bedeuten und an den bestehenden Sicherheitsproblemen gar nichts lösen.

WORIN LIEGT DIE URSCHE FÜR KRIMINALITÄT?

Gewalt, Kriminalität und Drogenmissbrauch haben ihre Wurzeln in der Klassengesellschaft. Unsere Gesellschaft zielt nicht darauf ab, den gesellschaftlich

möglichen Reichtum so aufzuteilen, dass möglichst viele Menschen möglichst gut davon leben können, sondern den Profit für einige wenige zu sichern. Insofern gibt es hier eine ständige Gewaltausübung: Im Zentrum steht dabei täglich der Sicherheitsapparat. Der vor kurzem erschien Jahresbericht von Amnesty International beschreibt Beispiele von Polizeigewalt in Österreich als "Einsatz exzessiver Gewalt" und "Demütigung mit System". (zitiert nach Online-Standard vom 28. Mai 2002).

"LAW AND ORDER" HEIST MEHR REPRESION!

Wenn soziale Probleme ansteigen, wird die Polizei ihre Repression erhöhen – und damit immer nur Symptome, nicht Ursachen bekämpfen. Sie wird aber auch im Sinne der "Stabilisierung" der Verhältnisse gegen Linke, GewerkschafterInnen und SozialistInnen mehr und mehr Repression ausüben. Die Debatte rund um die rechtsextreme Demo gegen die Wehrmachtausstellung haben die Bürgerlichen zu einem Vermummungsverbot zur Kriminalisierung linker Demonstrationen genutzt. Wir können uns bei der Bekämpfung der rechten Gefahr nicht auf Staat und Polizei verlassen. Die antifaschistischen Demonstrationen in Wien sind Ansätze für einen vielversprechenderen Weg: Massenmobilisierungen sind eine mächtige Kraft gegen Rechte. Hätte die Polizei am 13. April

Vermummter Polizist geht brutal gegen DemonstrantInnen (unvermummt) vor.

nicht die Rechten geschützt, das Problem auch mit künftigen Nazi-Demos oder Aufmärschen wäre schnell gelöst gewesen: Die Rechten hätten beim Anblick dieser nahenden Anti-Aufmarsch wohl Reißaus genommen.

UNSERE STÄRKE HEIST ORGANISIEREN!

Das es uns die Polizei nicht so leicht macht, führt dazu, dass wir umso besser organisiert sein müssen. Unsere potentielle Stärke besteht darin, dass wir die materiellen Interessen mit der großen Mehrheit der Bevölkerung teilen. "Bei einer Teilnahme von mehreren hundert Personen müsstet ein Großaufgebot der Exe-

kutive bereitstehen, um die Kundgebung halbwegs friedlich aufzulösen" schreibt die Presse am 17. 4. 2002. Was wäre bei einer Demo von tausenden organisierter Anti-RassistInnen? Isolierte und unorganisierte Versuche, durch eine Polizeisperre zu brechen, werden die Rechten nicht einschüchtern, sondern der Polizei einen Vorwand geben, gegen Teile der Demonstration vorzugehen. Geschlossenes Vorgehen von Demonstrationen ist mit einem gut koordinierten Ordnerniederdienst möglich. Dieser kann es auch ermöglichen, die Rechten wirklich zu stoppen.

Unsere Aktivitäten im Mai

"Sozialistischer Widerstand International" gegründet!

An 10./11. Mai fand im WUK in Wien der Gründungskongress von "Sozialistischer Widerstand International" statt. 2 Tage lang wurden unter dem Motto "Fight for your right!" Filme geschaut, Diskussionen zu den verschiedenen Themen geführt und Kampagnen geplant. Maria und andere SLP-Mitglieder berichten.

Die Palette der Workshops reichte von Umwelt und "Dritte Welt" & Schuldenfalle bis zu 'Frauen im Kampf' und dem Israel/Palästina-Konflikt. Einer der wohl am besten besuchtesten Arbeitskreise war der zum Thema 'Eine sozialistische Welt ist möglich'. Daran war deutlich zu erkennen, dass viele Jugendliche gerade die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus und einem anderen System beschäftigt.

Der Höhepunkt des Kongresses war eindeutig die Podiumsdiskussion "Le Pen, Berlusconi, Haider - Wird Europa rechts-extrem?" mit Aissata Kone von Gauche Alternative (Revolutionäre Linke - französische Schwesterorganisation der SLP), die von den Ereignissen in Fran-

reich berichtete und Madeleine Petrovic von den Grünen. Einen großen Platz in der Diskussion nahm sehr rasch der Punkt Gewalt auf Demos, speziell in Bezug auf die letzten Nazidemos, ein.

In diesem Kontext wurde auch auf Salzburg hingewiesen, wo im September wieder eine Anti-WEF-Demonstration stattfinden wird. SWI hat es sich zum ersten Ziel nach der Gründung gesteckt, die diesjährige Demo größer und damit auch nicht so von der Polizei angreifbar zu machen, wie letztes Jahr beim berüchtigten "Salzburger Kessel".

Der Kongress war ein guter Anstoß für unsere Arbeit. Jetzt kommt es darauf an, diesen weiterzuführen und Salzburg zu einem Erfolg zu machen!

Organisation aufzubauen, ernst nimmt.

Auf Einladung eines bekannten Betriebsrates waren Michael Gehmacher und Claudia Sorgo in Linz. Obwohl die Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie bereits vollzogen ist, zeigt der dortige Maiaufmarsch mit ca. 25.000 die noch immer vorhandene potentielle Stärke der ArbeiterInnen. Über 100,- Euro ist die stolze Ausbeute durch Zeitungen und Broschürenverkauf. In Graz konnten zwei SLPler auf der Mai-Demo von rund 150 Menschen und anschließend im Stadtpark unter Jugendlichen

39 Zeitungen verkaufen. Philipp betont die Rolle der Jugend: In Graz suchen viele Jugendliche nach neuen politischen Alternativen, die ihnen die bestehenden Parteien nicht bieten. Nur knapp dahinter liegt die Bilanz für Salzburg und Hallein: in Summe 32 Zeitungen. Gemeinsam mit den dortigen SWI-AktivistInnen sprühten wir noch rasch ein Transparent gegen Le Pen und Haider - übrigens das einzige auf der Demo zu diesem Thema. Mit Flugblättern luden wir zu einer Veranstaltung mit einer Genossin aus Frankreich. Margarita berichtet vom Wiener Maiaufmarsch:

SWI-Transparent bei der internationalen Demo in Brüssel. SWI wurde nun auch in Österreich gegründet.



Wir hatten eine gute Resonanz beim Zeitungsverkauf. Sieht man von der Menschenmenge ab, war nicht viel los. Man hat sich die Rathausplatzreden angehört und ging dann wieder nach Hause. Am alternativen 1. Mai gab es eine super Stimmung und viele Diskussionen. Zur alljährlichen Befreiungsfeier in Mauthausen fuhren wir mit einem vollbesetzten Bus. Dank an den Linzer Historiker Dr. Kropf, der für SWI dort eine Führung gestaltete.

Auf der Bündnisdemo gegen die

PSK 88.12.733

KAMPFFONDS

April bis Juni
3.500 Euro

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), vormals Sozialistische Offensive Vorwärts (SOV) 1070 Wien, Kaiserstr.14/11. Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23 Herstellung und Verlagsort: Wien DVR: 0820202 Zulassungsnummer 327808W97U

Wahlerfolg für "Konsequente Interessensvertretung":

Betriebsrat bei Melzer-Kopie gegründet!

Bei der Betriebsratswahl bei Melzer Kopie (13 Standorte in 3 Bundesländern) am 6. Mai erreichte die Liste Konsequente Interessensvertretung / KIV mit 19 Stimmen (43,2 %) ein Mandat. Die Gegenliste, die der Geschäftsführung nahestehend, konnte sich mit 25 Stimmen knapp durchsetzen. Das Ergebnis wird von der KIV dennoch als Erfolg angesehen. Betriebsrat H. Mahrer berichtet.

Die Geschäftsführung war von der Idee, einen Betriebsrat einzurichten, nicht begeistert (Vorwärts berichtete) und ließ dies durchaus offenkundig durchblicken. Es fanden sich also KollegInnen, die bereit waren, gegen uns, die KIV, zu kandidieren. Ihre Hauptargumente dafür waren: Wir brauchen keinen Betriebsrat und noch weniger brauchen wir Konflikte in der Firma. Wir brauchen keine Gewerkschaft oder gar Parteien, die sich von außen einmischen. Außerdem hätte die KIV keine Gesprächsbasis mit der Geschäftsführung.

DIE KAMPAGNE GEGEN DIE KIV

Kurz vor der von uns einberufenen Betriebsversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes meldete sich eine "alternative" Liste zum Wahlvorstand und ließ sich durch nichts dazu bringen, doch

einen gemeinsamen Wahlvorstand zu bilden. In einer aufgeheizten Stimmung, die wir unterschätzt hatten, setzte sich dieser Wahlvorschlag mit 12 zu 5 Stimmen durch. Als Hauptvorwurf wurde uns unterstellt, wir hätten durch die Verteidigung einer Kollegin, die - obwohl Kandidatin auf unserer Liste - gekündigt wurde, das Klima in der Firma ruiniert, deshalb trau man/frau uns nicht zu, faire Wahlen zu organisieren.

Eine Woche nach dieser Versammlung stand dann ihre Kandidatur fest, als Spitzenkandidatin die Personalchefin und an zweiter Stelle ebenfalls ein Vertreter aus dem Mid-Management. Etwa eine Woche vor der Wahl erschien dann das erste Mal schriftliches Wahlmaterial der anderen Liste. Als "lustig" getarntes G'schichtl enthielt es allerdings deftige Angriffe vor allem auf mich per-

sönlich. Ich firmierte in ihrem "Mädchen" als "Harry Linksruck", der ja nur "auf der Kommando-brücke herumspielen" wolle.

DIE KAMPAGNE DER KIV

Nach dem Rückschlag auf der Betriebsversammlung steckten wir von der KIV nicht auf, sondern begannen damit, eine Zeitung heraus zu geben, in der wir unsere Stärken - Konsequenz, Kompetenz, Aktivität, Initiative und eine "echte" Belegschaftsvertretung sein zu wollen - herausstrichen. Gleichzeitig bescherten wir die KollegInnen in den Filialen und versuchten mit so vielen wie möglich ins persönliche Gespräch zu kommen.

Unser Wahlprogramm stützte sich vor allem auf die Forderung nach einer Betriebsvereinbarung, da es in dieser Branche keinen Kollektivvertrag gibt. Eine solche Betriebsvereinbarung sollte unserer Meinung nach ein klares Lohnschemma enthalten, Verbesserungen bei den Wochenenddiensten, Arbeitszeitfragen klären, etc.

Unser Programm beinhaltet aber auch Punkte wie: Volle

Information der KollegInnen über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens und die Arbeit des Betriebsrats, gegen jede Kündigung - Kampf um jeden Arbeitsplatz, usw. Dadurch, dass wir unseren Zielen treu geblieben sind, auch wenn wir heftig unter Beschuss standen, konnten wir uns den Respekt und das Vertrauen der KollegInnen erarbeiten und somit die Grundlage für ein gutes Wahlergebnis schaffen.

WAS BEDEUTET DAS WAHLERGEBNIS

19 Stimmen für die KIV, das bedeutet, dass 19 KollegInnen, bewusst für einen konsequenten Betriebsrat gestimmt haben, dass sie ein linkes Programm im Betrieb unterstützen. Wir sehen das als Erfolg. Dass sich die andere Liste knapp durchsetzen konnte, liegt auch daran, dass sie es mit ihrem "Programm", eh nichts ändern wollen und nur ja keinen Konflikt eingehen zu wollen, den scheinbar einfacheren Weg anzubieten hatte. Wir konnten und wollten nicht um diesen einfacheren Weg konkurrieren. Der

KONSEQUENT

auf deiner Seite!

Zeitung der Liste Konsequente Interessensvertretung - KIV • Ausgabe 2

Deine Stimme zählt!

Am Montag ist es nun so weit: Die Wahlen zum Betriebsrat finden statt. Wenn du keinen Stellvertreter hast, dann ist es eine gute Gelegenheit, um deine Stimme abzugeben. Wie dieser Wahlgang aussieht, kann nicht vorhergesagt werden, ob die Sitzverteilung sich nicht ändert, sich bei der Wahl.

(Harry Mahrer)

Bei fragen, ob Wahlberechtigtes hängt die Entscheidung von einer Verhinderung weichen von einer anderen ab, kann man nicht direkt nichts anderes als zu entscheiden, dass es zu entscheiden ist, ob du dich entscheiden kannst.

DU hast die Wahl: Wählerrecht 2 oder Wählerrecht 1. Wählen du Wählerrecht 2, dann wird der Wähler nicht mehr abstimmen können. Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 2, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

Wählen du Wählerrecht 1, dann kann der Wähler nicht mehr abstimmen.

"Trotzkistische" Parteien setzen in Frankreich zum Höhenflug an - formiert sich eine neue revolutionäre Linke in Europa?

Was heißt Trotzkismus heute?

Die erste Runde der französischen Präsidentschaftswahlen war ein politisches Erdbeben; und das nicht nur wegen dem Abschneiden Le Pens. Über drei Millionen Menschen stimmten für "trotzkistische" KandidatInnen, links von KP und SP. Trotzkismus ist damit - scheinbar plötzlich - wieder in Diskussion. Wer war Leo Trotzki und was bedeutet Trotzkismus angesichts der Umwälzungen in Frankreich und Europa?

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP WIEN-MITTE
UND JOHN EVERE,
SLP WIEN-NORD

Leo Trotzki war ein sozialistischer Revolutionär im letzten Jahrhundert (1879-1940). Er arbeitete eng mit Lenin zusammen und führte unter anderem

sowjetischen Bürokratie - mit Stalin und dem Stalinismus. Trotzki war Gründer der marxistischen Linksopposition gegen die Stalinisierung der UdSSR. Mit dem Vorwurf des "Trotzkismus" wurden in weiterer Folge alle Gegner Stalins gebrandmarkt und verfolgt. Trotzki selbst wurde 1929 ins Exil verbannt und 1940

Kampf um eine sozialistische Alternative zum Stalinismus. Eine der bedeutenden historischen Prognosen des Trotzkismus war die Unausweichlichkeit des Sturzes des Stalinismus. Zwei Alternativen sah Trotzki für die UdSSR: Politische Umwälzung durch eine Rätebewegung der ArbeiterInnenklasse unter Beibehaltung und Ausbau der planwirtschaftlichen Ordnung, oder die Wiedereinführung des Kapitalismus. Trotzki trat bis zu seinem Tod vehement für die Wiedererrichtung der Sowjetdemokratie in der UdSSR und Sozialismus weltweit ein. Leo Trotzkis Werk verkörperte die Erfahrungen der Bolschewiki aus den Revolutionen von 1905 und 1917, dem Bürgerkrieg und den Niederlagen des europäischen Proletariats in der Zwischenkriegszeit. Trotzkis Name ist bis heute ein Synonym für ein kompromissloses Programm gegen Kapitalismus und Stalinismus, für ArbeiterInnen-Demokratie und Planwirtschaft.

WARUM IST DER TROTZKISMUS AUCH HEUTE AKTUELL?

Trotzki meinte, die wichtigste historische Erfahrung sei, dass die ArbeiterInnenbewegung eine eigene, unabhängige, revolutionäre Partei braucht. Diese Partei müsse auf einer marxistischen Grundlage stehen und



Der Ex-Trotzkist nun als "erfolgreicher" Sozialdemokrat, während die Trotzkist-Innen Wahlerfolge feiern.

international aufgebaut werden. Die heutige Situation, das generelle Fehlen von Massenorganisationen der ArbeiterInnen, unterstreichen diese Aufgabe besonders deutlich.

WIE KAM ES ZUR KRISE DER ARBEITERINNENBEGEKGUNG?

In der sozialen Krise des Kapitalismus und der politischen Krise der ArbeiterInnenbewegung der 80er und 90er Jahre brachen die Führungen der sozialdemokratischen Parteien mit ihrer Tradition, durch Reformen den Kapitalismus verbessern zu wollen. Sie begannen - in vielen Staaten federführend - mit der Umsetzung neoliberaler Politik. In Österreich läutete die SPÖ die

Zerschlagung der Verstaatlichten ein. Dem Zusammenbruch des Stalinismus 1989 folgte eine weltweite bürgerliche Offensive in den 90er Jahren; diesem ideo-logischen Druck konnte auch die Sozialdemokratie mangels innerparteilicher Massenopposition nicht mehr standhalten.

VERBÜRGERLICHUNG DER SOZIALENDOKOMATIE

Eine wesentliche Rolle spielte dabei der lange Prozess der Integration der Führungen der sozialdemokratischen Parteien in das politische Establishment. Dieser Prozess - der fast ein Jahrhundert andauerte - fand seinen Abschluss in der Verbürgertierung der Sozialdemokratischen Parteien.

Heute ist die SPÖ eine Kraft, die für Maastricht und Euro eintritt; das waren und sind zentrale Projekte des europäischen Kapitals und gleichzeitig Kernstück des "sozialdemokratischen Europas" der 90er. Eine ähnliche Entwicklung gilt auch für die meisten ex-stalinistischen Parteien, die in Osteuropa den Sozialismus verwirklicht gesehen hatten. Vor allem die französische und italienische KP wurden in den Strudel des Zusammenbruchs des Stalinismus gezogen. Die italienische KP erlebte eine Serie von (Ab)Spaltungen, die größte Teil verbürgerlichte in raschem Tempo und steht heute am rechten Rand der europäischen Sozialdemokratie.

"VERFALL" DER ALLEN LINKEN AUFSTIEG DER NEUEN RECHTEN

Aber auch die ehemalige Staatspartei der DDR, die SED, machte nach ihrer Umwandlung zur PDS eine dramatische Wende hin zum Kapitalismus. Wurde die PDS in Deutschland noch vor Jahren als "kommunistische Bedrohung" bezeichnet, regiert sie heute mit der SPD in neoliberaler Weise Berlin. Der Protest von drei PDS-Abgeordneten während der Rede von US-Präsident George Bush wurde von der PDS-Führung scharf verurteilt. Der Abstieg von traditionellen Organisationen - wie der Sozialdemokratie - als ArbeiterInnenpartei, wurde in vielen Staaten durch den Aufstieg des

Rechtspopulismus begleitet. Österreich nahm hier lange mit der FPÖ und dem fast vollständigen Fehlen von Klassenkämpfen eine Vorreiterrolle ein. Um was es deshalb - auch in Österreich - für TrotzkistInnen heute geht, ist: Der Aufbau einer unabhängigen Klassenalternative.

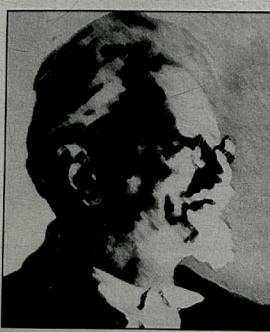
UNSER BEZUGSPUNKT: DIE ARBEITERINNENKLASSE

Der Trotzkismus zeichnet sich nicht nur durch seine scharfe Opposition zum Establishment aus. Er hält die Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse als die entscheidende Kraft, die Gesellschaft zu verändern, aufrecht. Während viele andere linke Strömungen der österreichischen ArbeiterInnenklasse die Streik- und Widerstandsfähigkeit einfach abgesprochen haben, hat die SLP immer die Möglichkeit und Notwendigkeit von Klassenkämpfen betont.

Die Diskussion um den Postbus-Streik zeigt, wie aktuell diese Fragen sind. Ein praktisches Grundprinzip des "Trotzkismus" ist der Anspruch, die jeweils größtmögliche Einheit der ArbeiterInnenchaft anlässlich einer konkreten Auseinandersetzung zu erreichen. Die Erringung jeder, auch noch so kleinen Verbesserung, ist wichtig und kann zur Überzeugung für ein sozialistisches Programm, welches die Grundprobleme der Menschheit löst, beitragen. Trotzkismus bedeutet auch immer die Verbindung von Theorie und Praxis: Der Trotzkismus hat die Notwendigkeit einer revolutionären Masseninternationale auch nicht aufgegeben, als die Kräfte des Marxismus weltweit auf eine Handvoll Personen reduziert war.

GRÜNDUNG UND AUFGABE DER VIERTEN INTERNATIONALE

Zu "Mitternacht" des Jahrhunderts, 1938, wurde eine neue - die Vierte - Internationale proklamiert. In ihrem Programm erklärte sie die Krise der ArbeiterInnenklasse und der Menschheit, aus der Krise ihrer Führung: Sozialdemokratie und Stalinismus haben beim Kampf gegen Faschismus und Krieg versagt und so die größte Katastrophe der



Leo Trotzkis Ideen sind immer noch "die modernsten aller Ideen".

den Aufstand im Oktober 1917 - die russische Revolution. Die Namensgebung "Trotzkismus" erfolgte im Rahmen der Auseinandersetzung mit Stalin und dem Stalinismus war kein persönlicher Streit, sondern ein

von einem stalinistischen Agenten ermordet. Trotzkis Auseinandersetzung mit Stalin und dem Stalinismus war kein persönlicher Streit, sondern ein

Die Tradition des Trotzkismus in Britannien

Auf den Fundamenten aufbauen

In der europäischen Politik der 80er Jahre wurde der Begriff Trotzkismus sehr stark durch die britische "Militant Tendency" (heutige Socialist Party, Schwesterpartei der SLP) geprägt. "Militant" wurde zum Synonym für Widerstand gegen das Establishment und unbeugsame Verteidigung der Interessen der Beschäftigten.

Mit der Eroberung des Liverpooler Stadtrats, einem mutigen Kampf gegen die Thatcher-Regierung und einige Jahre später einer Massenkampagne gegen die reaktionäre "Kopf-Steuer", die zum Sturz der "eisernen Lady" führte, gewann Militant enorme Aufmerksamkeit. Es ist diese Pionierarbeit, auf der unsere britische Schwesterpartei heute - trotz der schwierigen Periode der 90er Jahre - aufbauen kann.

KOMMUNALWAHLN

Die Socialist Party (SP) erreichte bei den Kommunalwahlen in England und Wales mit Abstand wieder die besten linken Ergebnisse. Leider verpasste Sam Dias, die bis dahin einzige schwarze Gemeinderätin, den Wiedereinzug in Lewisian knapp. Ein Beweis für die verantwortungsvolle Herangehensweise der SP: Trotz der engen Wahl aussichten für die Wiedergewinnung von Sam (sie verlor um 50 bei 922 erzielten Stimmen) unterstützten wir die Kandidatur der lokalen Initiative LEAP gegen die

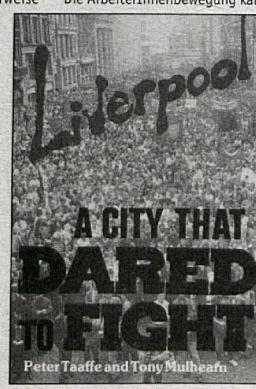
Bildungsmisere. Wir betrachten solche Kampagnen als wichtige Schritte zur Formierung des Widerstandes von MieterInnen, Arbeitslosen und Beschäftigten. Die Interessen der Bewegung und der eigenen Partei dürfen keine Gegensätze sein.

Die langjährigen Stadträte Dave Nellist (Coventry St. Michaels; 52,8%) und Ian Page (Lewisian Telegraph City) konnten ihre Mandate bravurös verteidigen. Insgesamt stellte die SP KandidatInnen in 30 Wahlkreisen auf. Die Wahlbeteiligung hat sich auf extrem niedrigen Niveau (30%) eingependelt. Die sogenannte "Politikverdrossenheit" erschwert auch für RevolutionärInnen Wahlerfolge.

Oftmals ist die Unterstützung und Verankerung im Wahlkampf größer, als es als Ergebnis ausdrückt. Dort, wo die Menschen durch langjährige Arbeit sehen können, dass die SP wirklich grundsätzlich anders als die etablierten Parteien ist, liegen die Ergebnisse um oder über 10%.

immer feindlicher gegenüber. Noch verhindern Gewerkschaftsbürokraten, dass die Finanzierung des Privatisierers und Kriegsfanatikers Blair durch Gewerkschaftsbeiträge beendet wird. In einigen Gewerkschaften kam es

immer feindlicher gegenüber. Noch verhindern Gewerkschaftsbürokraten, dass die Finanzierung des Privatisierers und Kriegsfanatikers Blair durch Gewerkschaftsbeiträge beendet wird. In einigen Gewerkschaften kam es



sich die Labour Party nicht mehr aneignen, sondern muss durch eigenständige Kampagnen eine neue ArbeiterInnen-Partei aufbauen. Die Wahlergebnisse der SP sind ein kleiner, aber solider Schritt in diese Richtung.

Menschheitsgeschichte politisch zu verantworten. Trotzki war der Überzeugung, dass die ökonomischen und sozialen Bedingungen für den Sozialismus schon längst vorhanden sind. Doch wenn der Kapitalismus nicht durch eine Revolution gestürzt wird, sind Krieg, Krise und Elend weiter prolongiert. Auch diese Fragen stellen sich heute wieder mit besonderer Schärfe.

AM BEISPIEL FRANKREICHS: NOTWENDIGE SCHRITTE

Der Umbruch im politischen System Frankreichs ist dramatisch: Die regierende "Sozialistische Partei" (SPF) erhielt eine gewaltige Abfuhr, die sich wohl auch bei den kommenden Parlamentswahlen wiederholen wird. Die SPF schrumpfte von 7,1 auf 4,6 Millionen Stimmen im Vergleich zu 1995. Die mit ihr koalierende "Kommunistische Partei" erlebte einen noch größeren Schock und fiel unter die Millionengrenze. Das bedeutet den Zusammenbruch der im Jahre 1945 noch stärksten Partei Frankreichs (damals 25 Prozent). Aber auch Chirac fuhr im ersten Wahlgang ein historisch schlechtes Ergebnis ein. Das Resultat der ersten Runde steht für die Polarisation des Landes. Nicht nur Le Pen, sondern auch die aus der Tradition des Trotzkismus kommenden Organisationen "Lutte Ouvrière" (LO, Arbeiterkampf) und "LCR" (Revolutionär Kommunistische Liga) haben von dieser Entwicklung profitiert. In Scharen sind die WählerInnen von der KP zur LO gegangen, hundertausende Jugendliche wandten sich zur LCR. Die Zeit für eine neue Massenkraft wäre nicht nur in Frankreich reif.

ES BRAUCHT EINE NEUE ARBEITERINNENPTEI!

Das Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (und damit die SLP in Österreich) unterstützt - als internationale Partei mit revolutionärem Programm und Aufbau - jeden Schritt in diese Richtung. Entscheidend wären für eine solche neue Massenorganisation Grundsätze wie der Kampf gegen jedweden Sozialabbau und Rassismus, Demokratie und das Recht auf föderale Beteiligung. Wir sind darüber hinaus davon überzeugt, dass eine solche Organisation nur durch das Führen von konkreten politischen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse aufgebaut werden kann.

Leider scheinen die führenden Organisationen des französischen "Trotzkismus" zu solchen mutigen Schritten nicht bereit. Die LO präsentierte sich eher wie eine Polit-Loge als eine offene Partei. Sie spricht kaum Jugendlich an, ihr Programm trennt die tagtäglichen Aufgaben von der Frage einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung. Sie

macht es der zweiten Organisation - der LCR - die tendenziell "weicher" und uneinheitlicher auftritt, leicht, von Einheit sprechen zu können und die LO als Sekterner hinzustellen. Le Pen kann und wird aber durch nichts anderes als neue starke Massenorganisationen von ArbeiterInnen und Jugendlichen gestoppt werden.

Chirac, Jospin und die KP stehen für Neoliberalismus. Le Pen profilierte sich demgegenüber als Kämpfer gegen die "politische Klasse" und die Globalisierung. Es wäre heute die Aufgabe von LO und LCR, dem gemeinsam eine neue sozialistische Alternative entgegenzustellen und gleichzeitig Le Pens Partei durch eine Massenkampagne zu zerschlagen.

INTERNATIONALISMUS UND GLOBALE PROTESTBEWEGUNG

Der Internationalismus ist ein unverzichtbarer Grundsatz jeder sozialistischen Politik. Jeder Ansatz, die Probleme im nationalen Rahmen lösen zu wollen,

Frage. Doch andere "klassische" ideologische Trennlinien sind auch in der globalisierten Protestbewegung präsent: In wie weit kann der Kapitalismus verändert oder muss er gestürzt werden? Von manchen Kräften werden auch die "nationalen politischen Handlungsspielräume" gegen die Konzerne betont, die man zurückgewinnen und nutzen müsse. Doch das ist ein rückwärts gewandter und falscher Ansatz; sind es doch z.B. die nationalen Regierung Europas, die internationale Verträge wie Maastricht und Schengen, gegen ArbeiterInnen und Jugendliche schlossen.

BUNDISSE JA, ABER MIT WEM? Eine ebenso entscheidende Frage ist, welche Kräfte antikapitalistische Bündnisse ein und ausschließen. Die KPÖ etwa meldet den Anspruch an, "eine linke Synthese" aus "alle(n) Strömungen ... links von Sozialdemokratie und Grünen" zu entwickeln. In der Praxis ist das



Trotzkismus aktuell:

Wahlsieg in Irland

Die Parlaments-Wahlen in Irland (Republik) brachten einen großen Erfolg für die Socialist Party (SP). Schwesterpartei der österreichischen SLP. Die erneute Mehrheit für die Regierungsparteien "Fianna Fail" und "Progressive Democrats" täuscht nicht über die sinkende Wahlbeteiligung hinweg. Das ist ein Ausdruck für die ebenso wachsende Entfremdung von der durch Korruptionsskandale erschütterten Politik.

Das "Wirtschaftswunder" der 90er, der "Keltische Tiger", ist Geschichte. Der Boom brachte der ArbeiterInnenklasse keine solide Verbesserung ihres Lebensstandards: Die Löhne liegen 28% unter dem EU-Durchschnitt, die Arbeitszeiten sind die zweitlängsten in der Union.

ERSTER SOZIALISTISCHER PARLAMENTARIER IRLANDS!

Der erstmalige Einzug des "trotzkistischen" SP-Kandidaten Joe Higgins ins irische Parlament im Juni 1997 war das Ergebnis einer erfolgreichen Massenkampagne



gegen Wassergebühren, die als Folge dieser 1996 abgeschafft wurden.

Auch in diesem Wahlkampf wurden konkrete Forderungen gegen die Mühlsteuer und für die Schließung der Atom-Aufbereitungsanlage Seefeld mit einem Programm zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft verbunden. Joes Ergebnis verbesserte sich im Vergleich zum letzten Mal von 16% auf 21%. Und das obwohl eine Neuordnung des Wahlbezirks zur Verkleinerung des WählerInnenpotentials der SP geführt hat.

CHARAKTER UND POLITIK DER SINK FEIN

Das linkspopulistische Auftreten

der "Sinn Fein" brachte ihnen großen Zulauf. Doch diese Nationalisten sind eine durch und durch kapitalistische Partei. Ihr Radikalismus ist leer. Ihr Chef, Gerry Adams, war Gast am New Yorker World Economic Forum, während unser sozialistische Abgeordnete Joe Higgins zur selben Zeit beim "World Social Forum" in Porto Alegre war. Nichtsdestotrotz drückt auch die Wahlunterstützung für Sinn Fein und die Grünen eine Stimmung gegen das Establishment aus: in Summe 11% und 14 Abgeordnete.

FACHARBEITERINNENLOHN FÜR FUNKTIONÄRE!

Ein eisernes Prinzip all unserer KandidatInnen: In ihren Funktionen verdienen sie nur maximal einen durchschnittlichen FacharbeiterInnen-Lohn. Der Rest (seit 1997 rund 100.000 Euro!) wird zur Finanzierung von Widerstandskampagnen und Arbeitskämpfen verwendet.

Die SP ist die einzige Partei, die ihre Finanzen offen legt. Das Wahlmanifest kurz und knapp: "Die SP nimmt keine Spenden von Konzernen an." Die Wahlkampagne wurde auch von vielen Nicht-Mitgliedern getragen.

STÄRKUNG DER SP!

Clare Daly, Betriebsräatin bei der krisengeschüttelten Air-Lingus-Fluglinie in Dublin Nord, kam auf 12,5%. Sie verpasste den Einzug ins Parlament knapp, schlug jedoch eine führende Politikerin der Fine Gael (größte bürgerliche Oppositionspartei). Drei weitere KandidatInnen der SP erzielten jeweils über 2%. Dem Establishment bleibt die unangenehme Perspektive, sich in naher Zukunft einer weiter gestärkten Socialist Party gegenüberzustehen.

Leo Trotzki
**Die permanente
Revolution**
Ergebnisse und Perspektiven

Trotzkis großer
theoretischer
Beitrag zur
Revolutions-
theorie:
Die permanente
Revolution auch
heute noch
aktuell

Trotzki-Bibliothek



Trotzki-Bibliothek

führt zur Aufgabe von ArbeitnehmerInnen-Interessen. Dem hochorganisierten Kapital und seinen Drohungen der Standortverlagerung und des Kapitalabzugs kann nur international begegnet werden.

INTERNATIONALISMUS STATT SCHREBERGARTEN-MENTALITÄT Die Spaltung entlang ethnischer und religiöser Linien muss mit der größtmöglichen Einheit beantwortet werden. Der Kampf um den Internationalismus war schon immer einer der historischen Knackpunkte des Trotzkismus: Mitte der 20er Jahre erklärte der Stalinismus, der Aufbau des "Sozialismus in einem Lande" sei möglich. Trotzki hielt demgegenüber ein Konzept von internationalem Widerstand und einer internationalen Revolution fest. Der Zusammenbruch des Stalinismus und die "Globalisierung" haben diese Fragen teilweise neu gestellt.

Das Widerstand international sein muss, stellt defacto keine politische Strömung mehr offen in

DAS RINGEN UM EIN KLARES PROGRAMM

In unserem - trotzkistischen - Selbstverständnis ist die Zusammenarbeit mit anderen (auch nicht-sozialistischen) Kräften mit einer Auseinandersetzung über Programm,

auch eine Orientierung der Ausgrenzung: Das - versuchte - Bündnis mit katholischen Gruppen und dem Innsbrucker ÖVP-Bürgermeister zur globalisierungskritischen Bewegung, bedeutet die Abgrenzung gegenüber den radikalen, angeblich "gewaltbereiten" Teilen der Bewegung z.B. in den Vorbereitungen zu den Protesten gegen das WEF im September in Salzburg. Der Trotzkismus steht in der Tradition des Marx-Ausspruchs: "Der Arbeiter hat kein Vaterland". So wie Leo Trotzki während des 1. Weltkriegs eine internationale Antikriegsbewegung aufbaute, wollen wir heute eine radikale, internationale, antikapitalistische Bewegung aufbauen.

**DAS RINGEN UM
EIN KLARES PROGRAMM** In unserem - trotzkistischen - Selbstverständnis ist die Zusammenarbeit mit anderen (auch nicht-sozialistischen) Kräften mit einer Auseinandersetzung über Programm,

auch eine Orientierung der Ausgrenzung: Das - versuchte - Bündnis mit katholischen Gruppen und dem Innsbrucker ÖVP-Bürgermeister zur globalisierungskritischen Bewegung, bedeutet die Abgrenzung gegenüber den radikalen, angeblich "gewaltbereiten" Teilen der Bewegung z.B. in den Vorbereitungen zu den Protesten gegen das WEF im September in Salzburg. Der Trotzkismus steht in der Tradition des Marx-Ausspruchs: "Der Arbeiter hat kein Vaterland". So wie Leo Trotzki während des 1. Weltkriegs eine internationale Antikriegsbewegung aufbaute, wollen wir heute eine radikale, internationale, antikapitalistische Bewegung aufbauen.

**DAS RINGEN UM
EIN KLARES PROGRAMM** In unserem - trotzkistischen - Selbstverständnis ist die Zusammenarbeit mit anderen (auch nicht-sozialistischen) Kräften mit einer Auseinandersetzung über Programm,

STELLUNGNAHME DES CWI-KASCHMIR (AUSZÜGE)

"Zwei instabile Regierungen mit Atomwaffen drohen Zerstörung für Millionen Menschen zu bringen, die ohnehin unter Armut, Seuchen und Massenarbeitslosigkeit leiden müssen. Sowohl das pakistansche wie das indische Regime benutzen Nationalismus und Chauvinismus, um eine Kriegshysterie zu erzeugen (...) Seit sie an die Macht gekommen ist, hat die pakistansche Militärdiktatur unter Musharraf eine neoliberalen Politik gegen die ArbeiterInnenklasse durchge-

Neues aus dem CWI www.worldsocialist-cwi.org

führt. Das indische Vajpayee-Regime steht für eine ähnliche Politik. Musharraf benutzt nun diesen Krieg, um seine geschwächte Herrschaft zu profilieren. Seine Politik hat nichts damit zu tun, die Befreiung der kaschmirischen Bevölkerung von der indischen Besetzung durchzuführen. Das Vajpayee-Regime ist ebenfalls instabil und versucht den Krieg als Mittel der Stärkung seiner strategischen und politischen Interessen in der Region zu verwenden (...) Seit dem 11. September forcieren der US-Imperialismus und andere westliche kapitalistische Mächte, ihre Interventionen in der Region. Aber zwei instabile Mächte am Rand des Atomkriegs zu haben, ist ein Albtraum für den US-Imperialismus. Er versucht deshalb, ein Regime gegen das andere auszuspielen und zwischen beiden Mächten zu balancieren. Ein Beispiel dafür ist, dass die USA zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges Militärexerzierungen mit der indischen Armee durchführt (...) Die militärische Eskalation demonstriert, dass der Kapitalismus komplett versagt hat, die nationale Frage in Kaschmir zu lösen. Der einzige logische und praktische Weg nach vorn ist der Sturz des Kapitalismus und des Feudalismus (...) Das bedeutet den Kampf für ein unabhängiges, demokratisches, sozialistisches Kaschmir mit dem Kampf für eine freiwillige Föderation der südasiatischen sozialistischen Staaten zu verbinden. (die komplette Stellungnahme aus Kaschmir ist in engl. Sprache bei der Redaktion erhältlich).

USA - DER 1. MAI LEBT

Der Maiaufmarsch in Minneapolis war dominiert vom gemeinsamen Kampf Jugendlicher und ImmigrantInnen für gewerkschaftliche Organisierung und gegen rassistische Polizeigewalt. Die Kundgebung zeigte sich solidarisch mit einem von der Polizei ermordeten Somalischen Immigranten. Die US-Schwesterpartei der SLP, die Socialist Alternative, intervenierte mit regem Zeitungsverkauf und gewann sieben neue InteressentInnen.

Massenhysterie und rechter Wahlerfolg

Rassist Pim Fortuyn ist tot

Der Mord an dem rechten Politiker Pim Fortuyn beförderte viele Menschen in Holland für Wochen in einer Art Shockzustand. In Rotterdam standen zehntausende stundenlang Schlange, um sich das Kondolenzbuch einzutragen. Der Platz vor Fortuyns Haus, der Tatort und später Fortuyns Grab wurden mit Blumen, Abschiedsbriefen und niederländischen Flaggen überhäuft. In vielen Städten wurden Trauermärsche abgehalten - mit einer sehr rechten Atmosphäre. Es gab Transparente mit "Melkert [PvdA], Mörder", "Weg mit den extrem-linken Grünen" und "Roter Faschismus ist auch Faschismus".

VON LAURENS BOVEN,
VORWÄRTS KORRESPONDENT
IN AMSTERDAM

Die Motivation des Mörders ist zwar nicht bekannt, sein politischer Hintergrund (Umwelt- und Tierrechtsaktivist) aber reicht, um "die Linke" in einer hysterischen Kampagne kollektiv verantwortlich zu machen. Die Frontfiguren von PvdA (Sozialdemokratie) und GroenLinks (Grüne) wurden für Fortuyns Tod verantwortlich gemacht. Direkt, in politischen Debatten und Interviews und anonym, in Morddrohungen. Ihnen wird vorgeworfen, ein Klima geschaffen zu haben, das diesen Mord möglich machte. Dadurch, dass sie ihn "eine Gefahr für das Land" genannt haben, sollen sie Fortuyn "dämonisiert" haben. "Die Kugel kam von links", ein Ausspruch des neuen Listenstern der "Liste Pim Fortuyn" in einem Zeitungsinterview, fasst die vorherrschende Hetze zusammen.

**LETZTE EHRE
AN DER WAHLURNE**
Die "Liste Pim Fortuyn" war der absolute Wahlsieger bei den

Parlamentswahlen 9 Tage nach dem Mord. Mit 17% der Stimmen - von 0 auf 26 (von 150) Parlamentssitzen - wurde sie zweitgrößte Partei. Ein noch nie dagewesenes Ergebnis, für eine neue Gruppierung, noch dazu eine, die sich erst drei monate vor den Wahlen formiert hatte. Zweite Gewinnerin ist die CDA (Christdemokraten). Sie ist - nach 8 Jahren Opposition - wieder zurück im Zentrum der Macht. Bemerkenswerterweise, denn die CDA war in den meisten Punkten mit der "violetten" Regierung (PvdA) einer Meinung. Aber auch die Linke hatte eine Gewinnerin: Die Sozialistische Partei konnte sich von 5 auf 9 Sitze verbessern. Die WählerInnen haben den bisherigen Regierungsparteien einen deutlichen Denkzettel verpasst: PvdA, die 8 Jahre den Premierminister gestellt hatte, und D66 ("links-liberal"), wurden jeweils halbiert, die VVD (rechts-liberal) verlor "nur" ein gutes Drittel ihrer Sitze. Das war das schlechteste Ergebnis jemals für die Sozialdemokratie, die VVD erwartete Ende 2001 noch, nach den Wahlen die größte Partei zu sein.

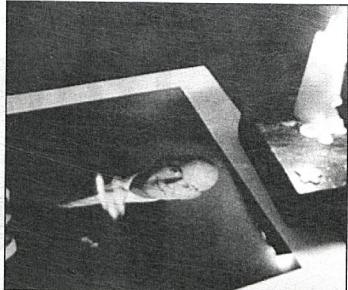
"DER SCHERBENHAUFEN"

Der Erfolg des rechten Hetzers Fortuyn mutet außergewöhnlich an, da es auf den ersten Blick wirtschaftlich so gut geht in Holland. Aber der Schein von der Wohlfahrt der Niederlande trügt. Trotz des starken Wirtschaftswachstums der 90er Jahre hat die Armut in den Niederlanden zugenommen, der Abstand zwischen arm und reich ist größer geworden. Kriminalität hat zugenommen. Der öffentliche Sektor (Bildung, Gesundheit, Soziales) wurde Jahre lang ausgebaut, die Folgen der Unterfinanzierung sind jetzt deutlich zu spüren: Wartelisten für auch lebensnotwendige Operationen, ein massiver Mangel an LehrerInnen (manche Schulen müssen von einer 5- auf eine 4-Tage Woche umsteigen), katastrophale Zustände im öffentlichen Verkehr sind nur einige Beispiele. Diese Probleme haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik im allgemeinen nicht vergrößert.

INSZENIERUNG UND RASSISMUS

Fortuyn setzte mit seiner medialen Inszenierung auch auf eine rassistische Polarisierung der Gesellschaft. Der Islam sei eine "zurückgebliebene Kultur", kein moslemischer Immigrant sollte mehr ins Land gelassen werden, "die Niederländer sind voll". Auch die Anzahl der Flüchtlinge sollte auf ein absolutes Minimum zurückgeschraubt werden. Außerdem beschäftigte er sich ausführlich mit dem "Versagen" der Regierung in der

Massenhysterie nach dem Mord an Pim Fortuyn



Sicherheitspolitik. Die Politik des "Duldens" - die "maximum tolerance" - führe, so Fortuyn, zu Gesetzeslosigkeit und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, zu Katastrophen wie die Explosion in der Feuerwerksfabrik Enschede. Fortuyns Lösungen lagen nicht in zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Sektor: "Keinen Cent extra für das Gesundheitswesen" verkündete er etwa. Das Wahlergebnis zeigt deutlich, dass die Menschen eine Veränderung wollen. Aber es ist mehr ein Abwählen des Bisherigen als eine Wahl von etwa Neuem. Die 3 Gewinner stehen für relativ unterschiedliche Dinge: CDA war in den meisten Punkten mit der "violetten" Regierung einer Meinung, die SP steht für eine aktive linke Politik, und die restliche Liste PF ist nur neu, genau weiß man/frau nicht.

DAS VERMÄCHTNIS: RECHTE NEOLIBERALE POLITIK

Langsam wird deutlich, was das alles konkret bedeutet. Die kommende Regierung von CDA, VVD und LPF steht deutlich rechts. Die

Koalitionsgespräche sind noch nicht aus, eine Reihe von Plänen sind allerdings schon bekannt.

Die Parteien sind sich darüber einig, eine einkommensunabhängige Krankenversicherungsprämie einzuführen, wahrscheinlich sogar kombiniert mit zusätzlichen Selbstbehältern pro

Arztbesuch. Außerdem werden die Anspruchsverhältnisse für Beihilfen für verminderte Arbeitsfähigkeit stark verschärft.

Geplant ist auch eine allgemeine Ausweispflicht, über die Einrichtung eines niederländischen FBI wird gesprochen. Die AusländerInnengesetzgebung soll "streng" werden, offensichtlich noch strenger als sie bereits ist.

Umweltschutzmaßnahmen sind kein Thema mehr. Das AKW Borssele, welches 2004 abgeschaltet werden sollte, soll nun zumindest bis 2007 noch weiterlaufen. Als Höhepunkt des Programmes ist wegen der drohenden Rezession geplant, ca. 10 Milliarden Euro einzusparen. Ziel:

1 % Budgetüberschuss. Widerstand ist angezeigt!

Interview mit einem israelischen Sozialisten:

"Wir brauchen eine soziale Intifada"

Die politische Lage im Nahen Osten ist nach wie vor weit von einem Frieden entfernt. Im Rahmen von "Sozialismus 2002" in Schweden führte Vorwärts ein Interview mit Yuval Gal von Maavak Sozialisti, der israelischen Schwesterorganisation der SLP.

Vorwärts: Wo steht die Friedensbewegung heute?

Y: Auch in Israel verschlechtert sich die soziale Situation. Der Aufschwung in der NT-Branche ist vorbei. Die Arbeitslosigkeit steigt, der Druck auf die Arbeitslosen steigt, nach 50 Tagen Arbeitslosengeld gibt's nur mehr Almosen. V.a. Jugendliche sehen einfach keine Zukunft. Israel hat sich in den letzten 3 Jahren extrem verändert. Die Perspektivenlosigkeit drückt sich z.B. auch in der Drogenproblematisierung aus, die zu einem riesigen Problem geworden ist. Es gibt keine Sicherheit - und ständig werden Leistungen gekürzt und Steuern erhöht. Behinderte sind in einer extremen Situation - da gibt es auch viele Proteste, z.B. gegen das letzte Budget aber auch von Behinderten. In Tel Aviv kostet die Miete für eine Wohnung mehr als die Unterstützung, die Behinderte vom Staat kriegen.

Vorwärts: Welche Rolle spielt der Histadruth, der israelische Gewerkschaftsbund?

Y: Er wird heute von einer Koalition aus fast allen Parteien - außer der KP - kontrolliert. Es gibt eine ArbeiterInnenliste, die bei den letzten Wahlen gewonnen hat.

E: Es wird deutlich, dass sich Druck von unten aufbaut, damit der Histadruth eine klassenkämpferische Position einnimmt, es hat in den letzten Jahren auch eine Reihe von Kämpfen und Streiks gegeben. Aber sie sagen nichts zum Krieg, die Politik des Vorsitzenden ist, dass der Krieg Sache der Regierung sei und er sich "nur um soziale Fragen" kümmert.

V: Viele israelische PalästinenserInnen stimmen für die KP, aber die rechten PalästinenserInnen machen gemeinsame Sache mit der Koalition, die den Histadruth regiert und unterstützt damit letztlich den Likud.

Vorwärts: Gibt's bei sozialen Fragen gemeinsame Aktivitäten von Israelis und PalästinenserInnen?

Y: Wenn Du als ArbeiterIn angegriffen wirst, ist es egal, welche Religion du hast. Hier gibt es immer wieder Zusammenarbeit. Z.B. auch beim Kampf der

Oberdäsen in Java etc. Aber auch auf der anderen Seite: wenn es um Profite geht, ist den Kapitalisten die Religion egal. Es gab bei Jedit Achonot, einer der wichtigsten israelischen Zeitschriften, einen Streik. Also wurde sie in Palästina gedruckt, und den Streik zu brechen. Oder das Beispiel von Gas-Bor, einer israelischen Firma, die in den besetzten Gebieten Monopolstellung hat. Der Grund dafür ist, dass einige der PLO-Führer Aktien der Firma haben.

Vorwärts: Wie wird es weitergehen? **Y: Die Illusionen in den Oslo-Vertrag sind endgültig dahin und es ist deutlich, worum es darin ging: billigere palästinensische KollegInnen einzusetzen, um das Lohnniveau zu drücken.**

D: Die Situation ist extrem instabil und kann jederzeit explodieren. Wenn es zu Diskussionen darüber kommt, PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten nach Jordanien und Syrien abzuschicken, dann wird die Situation weiter angeheizt.

K: Kaum jemand in Israel glaubt noch, dass es im Kapitalismus eine friedliche Lösung der nationalen Frage geben wird.

EU-Treffen in Sevilla: Der Widerstand lebt!

Die spanische EU-Präsidentschaft neigt sich dem Ende zu. Am 21. und 22. Juni findet der letzte größere EU-Gipfel in Sevilla statt. Nach den Protesten in Barcelona im März stellt sich für die globale Protestbewegung aber auch für die Herrschenden aller Länder die entscheidende Frage: Wie weiter?

CORNELIUS NUSSBAUMER,
SLP MARGARETEN I UND
PABLO HÖRTNER,
SLP WIEN-WEST

Was passiert in Sevilla? Um es vorweg zu nehmen: Erfahrungsgemäß nicht viel! Zumindest nicht auf dem Gipfeltreffen direkt. Wir können davon ausgehen, dass ein weiteres Mal massiver Sozialabbau sowie eine Verschärfung der Ausbeutung besprochen werden. Es ist somit nur ein weiterer Gipfel unter vielen. Nur, dass die spanische Präsidentschaft durch eine Weltwirtschaftskrise eingeleitet wurde, deren offenes zu Tage Treten von den Kapitalisten zu verhindern versucht wird. Erfolgslos wie wir meinen; denn das Problem ist das kapitalistische System selbst.

Wichtige EU-PolitikerInnen treffen sich und streiten, wer nach der EU-Osterweiterung wieviel zahlen muss, und wer 2004 überhaupt zum erlebten Kreis der EU gehören darf. Dabei kommt nicht viel heraus, als ein halbherzig beschlossener Kompakt, der später sowieso gebrochen wird. In der Regel werden die eigentlichen Entscheidungen aber in den Chefetagen der großen Konzerne getroffen. Dies wiederum haben VertreterInnen in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments. So gibt es beispielweise einen Ausschuss, der ausarbeiten soll, welche Dienstleistungen innerhalb der Mitgliedsstaaten privatisiert werden sollen und welche derartigen Privatisierungen von den anderen Mitgliedsstaaten der WTO, der so genannten Welthandelsor-

ganisation, eingefordert werden. Das ganze findet unter der netten Bezeichnung "General Agreement on Trade in Services" (GATS) statt.

Am 30. Juni 2002 bzw. am 31. März 2003 müssen die eingeforderten bzw. "zur Verfügung gestellten" Deregulierungen feststehen. Beschieden wurde das ganze fern von jeder Öffentlichkeit am WTO-Gipfel in Doha (Qatar) im November letzten Jahres. Die österreichische Bundesregierung hat dem ganzen selbstverständlich zugestimmt.

Krankenschein-, Ambulanz- und Studiengebühren sind hier nur ein Anfang. In Britannien führt die Privatisierung von Wasser dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen mit der Zeit von der Wasserversorgung völlig abgeschlossen werden. Die Privatisierung des Gesundheitswesens und der Eisenbahn hatte dort ausschließlich höhere Preise bei schlechterer Qualität zur Folge (tödliche Eisenbahnunfälle). Sowohl beim GAT als auch am Gipfeltreffen in Sevilla wird die Privatisierung von Bildung eine wesentliche Rolle spielen. Weltweit werden durch Bildung jährlich 2.200 Milliarden US-Dollar umgesetzt (lt. Merrill Lynch Unternehmensberatung).

Die Kapitalisten wollen dieses Kapital selbst erwirtschaften und die Profite einheimsen, der Staat soll nur noch eingreifen, wenn Geld fehlt. Coca-Cola- und Daimler-Benz-Schulen sind nicht fiktive Zukunft, sondern teils bereits traurige Realität. Dem Staat bzw. der Gesellschaft ist unsere Bildung nichts wert. Das, was die Kapitalisten Bildung nen-



Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sondern notwendig.

nen, ist keine Volksverblödung - für die wir dann auch noch Unsummen hinblättern müssen! Bildung darf nicht zur Ware werden - ebenso wenig öffentlich-zivile Dienste. Das Resultat dieser Entwicklungen sehen wir in der Barbarei der so genannten "Entwicklungsländer".

WAS KÖNNEN WIR DAGEGEN TUN?

Am Mittwoch, den 29. Mai fand von 15:00 bis 18:00 Uhr eine Kundgebung am Julius-Tandler-Platz statt, um auch in Wien darauf aufmerksam zu machen, was in Sevilla geschieht. Organisiert wurde diese von Sozialistischer Widerstand International (SWI). Parallel zu den Protesten in Barcelona, auf denen sich bis zu 400.000 ArbeiterInnen und Jugendliche einfanden, um gegen Kapitalismus und Privatisierung zu kämpfen, organisierten Schwestergesellschaften von International Socialist Resistance (ISR) von Argentinien und Brasilien über Griechenland bis nach Nigeria und Kaschmir und anderen Teilen der Welt Aktionstage! Dieser 15. März stand für uns im Zeichen des Kampfes gegen die Privatisierung von Bildung und gegen Kapitalismus allgemein.

Der Versuch von Jugendlichen, die Treffen des internationalen Kapitals verhindern und stören zu wollen, finden unsere volle Unterstützung und Anerkennung. So wird ISR/SWI auch dieses Mal mit einem eigenen Demonstrationsblock vertreten sein, an dem Delegierte und AktivistInnen aus aller Welt teilnehmen. Es spielt für uns aber auch eine zen-

trale Rolle, die Proteste auf den Gipfeltreffen mit den lokalen Kämpfen der ArbeiterInnenklasse zu verbinden.

Die Gipfeltreffe sind Ausdruck eines gestiegenen Bewusstseins unter breiten Teilen der Bevölkerung. Entwicklungen wie in Afghanistan oder Israel/Palästina zeigen, wohin der Kapitalismus uns führt - in Barbarei, Krieg und Verderben. Immer mehr Menschen bekommen mit, dass auch uns bald ein ähnliches Schicksal ereilen kann. Am Beispiel Argentinien könnten wir sehen, dass das oft schneller passiert, als wir uns überhaupt vorstellen. Gleichzeitig wird es aber immer offensichtlicher, dass ein Verhindern der Gipfeltreffen den Kapitalismus nicht stürzen wird.

Die Treffen werden ohne unsere Proteste fortgeführt, das haben wir letztes Jahr beim WTO-Gipfel erlebt, der in ein Land verlegt wurde, in welchem jegliche politische Tätigkeit verboten ist. Außerdem bestehen die internationalen Agenturen des Kapitals wie WTO, IWF und Weltbank immer noch aus national agierenden Konzernen sowie ihren VertreterInnen in den Regierungen. Die Globalisierung wurde von ihnen auch dazu eingesetzt, um uns davon abzulenken, dass der "Feind im eigenen Lande" steht, wie der Sozialist Karl Liebknecht einst so treffend formuliert hat. Die Kämpfe der ArbeiterInnen für bessere Löhne und gegen Deregulierung und Privatisierung spielen sich immer noch in einem nationalstaatlichen Rahmen ab - ebenso wie die rechtlichen bzw.

gesetzlichen Vergünstigungen für die Kapitalisten. Nur ein Streik aller Betroffenen kann die Gipfeltreffe effektiv verhindern, indem er sich auch weitgehend gegen die eigenen Bosse wendet. Eine eingeschlagene McDonald's Scheibe oder eine leicht verwüstete Bank sind schnell ersetzt. Wenn es um ihre Profite geht, leiden sie hingegen einen größeren Schmerz.

Unsere Aufgabe ist es, in der Bewegung klar zu machen, dass der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer weltweiten sozialistischen Demokratie längst Notwendigkeit geworden sind. Indem wir unsere sozialistischen Ideen sowohl in die ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung, als auch in die globale Protestbewegung hineinragen und für den aktiven Aufbau beider kämpfen, wollen wir erreichen, dass diese beiden zusammenfinden, bevor sich letztere in eine Sackgasse begibt. Die Institutionen des Kapitalismus sind nicht nur nicht zu reformieren, sie werden auch nicht durch bloße Reformen bekämpft werden können.

Den WEF-Gipfel in Salzburg sehen wir als nächsten Ansatz in diesem Kampf. Nur eine starke Mobilisierung der Gewerkschaften wird erreichen können, dass sich uns und unserem Kampf breitere Teile der Gesellschaft anschließen. Es wäre schön, wenn du/Sie uns dabei unterstützen würdest/würden. In diesem Sinne hoffentlich bis dann!

Wer mit uns nach Sevilla bzw. nach Salzburg fahren möchte, möge sich bitte bei uns melden!

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichkeit! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn € 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnott! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entzesselter Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtssextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

SLP im Netz!

www.slp.at



Auf www.slp.at gibt's jede Menge zu entdecken. www.slp.at wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschau'n!

- Hintergründe zu politischen Entwicklungen
- Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP
- Links den Schwesternparteien der SLP in aller Welt

T

01/ 524 63 10

F 01/ 524 63 11

M sdp@slp.at

W www.slp.at